

BFW warnt: SPD-Vorschläge gleichen Rezept zur Zerstörung des Wohnungsmarktes

Berlin, 24. September 2019. „Die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion gleichen einem Rezept zur Zerstörung des Wohnungsmarktes. Die Umsetzung hätte unweigerlich einen bundesweiten Einbruch des Wohnungsneubaus und mehr soziale Kälte zur Folge. Das Märchen, mit einem Mietstopp mehr Zeit für den Wohnungsneubau zu gewinnen, glaubt niemand mehr. Schließlich wird der Neubau seit Jahren weiter erschwert statt erleichtert. Die SPD-Vorschläge würden das Investitionsklima komplett vergiften und den Unternehmen den letzten Rest an Planungssicherheit nehmen“, kritisierte BFW-Präsident Andreas Ibel heute in Berlin.

Ibel bezog sich auf Medienberichte zu einem Forderungskatalog, den die SPD-Bundestagsfraktion heute beschließen will. Demnach soll ein bundesweiter Mietstopp eingeführt werden und die Mieten in angespannten Wohnungsmärkten nur noch in Höhe der Inflation steigen dürfen. Die Mietpreisbremse soll ein weiteres Mal verschärft und auf neu abgeschlossene Mieten im gesamten Wohnungsgebiet ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen Eigentümer die Grundsteuer künftig „mindestens hälftig“ übernehmen. Auch bei der Bodenpolitik will die SPD neue Wege gehen: So sollen Kommunen Grundstücke für einen gewissen Zeitraum nur noch per Erbbaurecht vergeben.

Katastrophale Folgen des Mietensstopps

„In Berlin zeichnen sich schon jetzt die katastrophalen Folgen des Mietendeckels auf das Investitionsklima ab“, warnte Ibel. Angesichts der dirigistischen Eingriffe des Senats haben drei Viertel der BFW-Unternehmen in einer Umfrage den Stopp von Investitionen angekündigt. „Wer den Protest der Genossenschaften, der privaten Kleinvermietern und der mittelständischen Unternehmen ignoriert und einen Mietstopp bundesweit ausweiten will, dem geht es sich nicht um Wohnungspolitik. Der betreibt Populismus und die Spaltung der Gesellschaft!“ sagte Ibel.

84 Prozent mit Miete zufrieden

Vor allem aber agiere die SPD wider besseren Wissens, so Ibel und verwies auf die neue, repräsentative Studie „Wie wohnt Deutschland?“ des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts FORSA: Demnach halten bundesweit 84 Prozent der Menschen ihre Miete für angemessen.

„Um den Wohnungsmarkt zu entspannen, brauchen wir mehr Neubau. Unsere mittelständischen Immobilienunternehmen können jedoch nur zusätzliche Wohnungen schaffen, wenn sie die Gewinne aus den bereits bestehenden Wohnungen reinvestieren können“, erklärte Ibel. „Deshalb müssen wir bedürftige Haushalte durch ein erhöhtes Wohngeld und mehr sozialen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

Wohnungsbau unterstützen. Nur so können wir beides sichern: Mehr bezahlbaren Neubau für alle Menschen und Unterstützung jener Mieter, die darauf angewiesen sind! Es kann und darf aber nicht sein, dass der Wohnungsneubau einbricht, weil bundesweit Mieter mit höheren Einkommen und günstigen Mietverhältnissen unterstützt werden sollen. Die Zeche zahlen Mieter mit niedrigen Einkommen und alle Menschen, die vergeblich eine neue Wohnung suchen!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in Deutschland. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de